

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Niklaus Hari, Kommunikation

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

Mobile 079 202 72 27

niklaus.hari@evppev.ch

www.evppev.ch

Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation UVEK
Bundesrat Moritz Leuenberger
Bundeshaus Nord
Kochergasse 10
3003 Bern

29. März 2006

**Änderung der Verordnung über den Umgang mit Organismen in der Umwelt
(Freisetzungsverordnung, FrSV)**

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Einladung, zur oben genannten Vorlage Stellung nehmen zu dürfen.

1. Grundsätzliche Überlegungen

Die Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP hat Ihren Vorschlag für die Verordnung über den Umgang mit Organismen in der Umwelt (Freisetzungsverordnung, FrSV) geprüft.

Die geänderte Verordnung ist sehr umfassend. Unseres Erachtens bildet sie eine taugliche Grundlage für das Regeln des Umgangs mit Organismen in der Umwelt. Die in der Verordnung angegebene Grösse von CHF 20 Millionen zur Sicherstellung im Haftpflichtfall für gentechnisch veränderte und pathogene Organismen (Art. 12, Abs. 2) muss jedoch gestrichen und der Abs. 2 anders formuliert werden.

Bei einem schlimmen Szenarium wird diese Schadenssumme in keiner Weise zur Verhinderung oder Behebung allfälliger Gefährdung genügen. Es ist nicht sinnvoll, in der VO einen Betrag zu fixieren. Je höher das Risiko, desto schwieriger soll die Freisetzung gemacht werden. Ausserdem müsste ein Betrag durch eine Indexierung der Währungsentwicklung angepasst werden.

Das Risiko setzt sich zusammen aus:

- der Wahrscheinlichkeit des Auftretens
- der Dedektierbarkeit der Schadenentstehung und Entwicklung
- dem Ausmass der Auswirkungen

2. Änderungsvorschläge

Art. 12 Abs.2 müsste somit lauten:

Die gesetzliche Haftpflicht (Art 59a, 59a^{bis} USG und 30 GTG) ist derart festzulegen, dass der direkte und indirekte Schaden aller möglichen Schadensszenarien abgedeckt werden kann. Dieser Betrag muss im Bewilligungsverfahren mit dem BAFU ausgehandelt werden. Im Gesuch ist eine detaillierte Risikoanalyse darzulegen.

In diesem Zusammenhang müssen auch Änderungen in den Anhängen vorgenommen werden:

Anhang 4.1, 6 Sicherheitsmassnahmen, 64 Notfallpläne (Neuformulierung):

641 Methoden, Verfahren und die dazugehörigen Mittel wie Gerätschaften, Chemikalien und Personal zur Kontrolle der Organismen für den Fall einer unerwarteten Ausbreitung;

642 Methoden, Verfahren und die dazugehörigen Mittel wie Gerätschaften, Chemikalien und Personal zur Dekontamination der betroffenen Geländeabschnitte;

643 Methoden, Verfahren und die dazugehörigen Mittel wie Gerätschaften und Personal zur Beseitigung oder Behandlung von Pflanzen, Tieren, Böden usw, die von der Ausbreitung der Organismen befallen sind;

(643 allenfalls streichen, weil er in 642 enthalten ist. Diese Beschreibung ist Dekontamination).

Anhang 5, 2.2 Risikoermittlung:

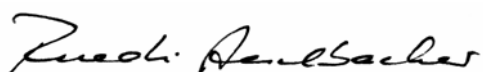
Das Risiko wird bestimmt durch das Ausmass der möglichen Schädigung der unter Ziffer 1 Absatz 1 genannten Schutzziele, der Wahrscheinlichkeit mit der diese auftreten und mit der Dedektierbarkeit der Schadenentstehung und Entwicklung.

Diese Formulierung ist in der Chemie allgemein so üblich. Es ist auch logisch. Je schwieriger eine Fehlentwicklung feststellbar ist, desto höher ist das Risiko.

Mit diesen Änderungen kann die EVP der neuen FrSV zustimmen. Wir danken Ihnen für die wohlwollende Prüfung unserer Überlegungen und hoffen, dass unsere Anliegen in der überarbeiteten Fassung berücksichtigt werden.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident und Nationalrat
Dr. Ruedi Aeschbacher



Generalsekretär
Joel Blunier